

54

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 25. Februar 1918. Nr 54.

Die Schaffung einer Genossenschafts-Zentralkasse. Im Jahre 1891 brachte der Reichratsabgeordnete ^{Dr.} Steinwender im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Gründung einer Zentral-Genossenschaftskasse ein und urgierte diesen Antrag in den Jahren 1897 und 1899. Im Jahre 1906 berief Finanzminister Dr. Ritter von Korytowski eine Enquete in dieser Angelegenheit ein, 1911 wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher im Jahre 1912 zur Beratung in einem Ausschusse stand, dessen Obmann der agrarische Abgeordnete Dr. Krek war. Dieser Entwurf bevorzugte jedoch insbesondere die landwirtschaftlichen Genossenschaften gegenüber den gewerblichen, obwohl die Mitgliederanzahl der letzteren 4mal so gross war als jene der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Nach dem Entwurf würde der Staat 6 Millionen Kronen als Gründungskapital geben und durch 5 Jahre einen Regiebeitrag von 100.000 Kronen leisten. Der Entwurf ist gegenüber der preussischen Zentral-Genossenschaftskasse und der ungarischen Landeszentralcredit-Genossenschaft ungemein engherzig gedacht. Ein Mangel ist es insbesondere, dass die österreichischen Genossenschaften, welche eine weitaus höhere Entwicklung haben, als die ungarischen, vom direkten Verkehr mit der österreichisch-ungarischen Bank vollständig ausgeschlossen sind, während die ungarischen Kreise die Hilfe der Bank in ausgedehntem Masse in Anspruch nehmen. Die ungarischen Institute geben durch ihre Zentralkasse jährlich bis 20 Millionen an Wechseln der österreichisch-ungarischen Bank zum Escompte, während die Papiere österreichischer Institute, wenn auch durch Vermittlung einer Bank von den Schaltern teilweise zurückgewiesen werden. Nach dem Entwurfe soll ferner die Leitung der Anstalt vollständig in den Händen der Regierung sein, welche dessen ungeachtet keine Haftung für die Schuldverschreibungen übernimmt und nichts für einen Garantiefonds zeichnet. Bei einer eventuellen Auflösung werden erst die schwebenden Verbindlichkeiten geklärt, dann bekommt der Staat seine 6 Millionen und wenn noch etwas übrig bleibt, erhalten die Genossenschaften ihren Anteil.

Hofschneidermeister Decker erstattete in der dieser Tage abgehaltenen Sitzung der Landesverbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften über diese Angelegenheit einen ausführlichen Bericht, in welchem er darauf hinwies, dass der Staat mindestens einen Beitrag von 25 Millionen Kronen der Kasse leisten und die Summe nach Bedürfnis erhöhen müsste. Die Leitung wäre durch kaufmännische bankfähige und genossenschaftlich gebildete Beamte zu besorgen. Der Staat müsste seinen ängstlichen Standpunkt in Bezug auf die Verzinsung, Schuldverschreibungen etc. aufgeben und die Frage in einer grosszügigen Weise lösen.

Die Landesverbände werden nun ihre einzelnen Wünsche stellen, worauf sodann mit einem wohlbegründeten Entwurfe an die Regierung herangetreten werden soll.

Die goldene Hochzeit des bayrischen Königspaares. In Erwiderung der Glückwünsche der Stadt Wien hat König Ludwig an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm gerichtet: Eure Exzellenz haben durch Vermittlung des Gesandten Freiherrn von Tucher der Königin und mir aus Anlass unserer goldenen Hochzeit in herzlichen Worten die Glückwünsche der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Von den zahlreichen Sympathiekundgebungen, die uns in diesen Tagen zugekommen sind, hat uns jene der Kaiserstadt an der Dnau besonders angenehm berührt und in uns freudige Gefühle und Empfindungen ausgelöst. Nachdem wir in der dortigen Burgkapelle vor einem halben Jahrhundert an den Traualtar getreten sind. Der Königin und mir ist es daher ein tiefempfundenes Bedürfnis, Ihnen, Lieber Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner und der gesamten Einwohnerschaft Wiens für die freundliche Anteilnahme an unserem Ehrentage und die herzlichen Glückwünsche unseren aufrichtigsten, wärmsten Dank zu sagen.

Beschlagnahme von Hotels für militärische Zwecke. Bezirksvorsteher Blasel und Bezirksrat Zisarsky erschienen heute vormittags bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Auftrage der Bezirksvertretung Leopoldstadt, um ihn zu ersuchen, neuerdings beim Kriegsministerium vorstellig zu werden, damit von der weiteren Requisition von Hotels im 2. Bezirk Abstand genommen werde. Es besteht nämlich die Absicht, ausser den 6 bereits requirierten Hotels auch noch das Hotel Europa und das Hotel Continental für die Kriegsverwaltung in Anspruch zu nehmen, was eine katastrophale Wirkung für die Geschäftswelt bedeuten, aber auch die bestehende Wohnungsnot ganz besonders verschärfen würde. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der über diese Angelegenheit bereits informiert war, sagte seiner neuerlichen Intervention beim Kriegsminister in den nächsten Tagen zu.

Anmeldung des Fleischbezuges durch Gastwirte. Morgen (Dienstag) ist der letzte Tag der Anmeldung des Rindfleischbezuges für Gastwirte, Körperschaften und Anstalten. Die durch die Unterlassung der Anzeige hervorgerufene Verspätung des Fleischbezuges haben säumige Meldepflichtige sich selbst zuzuschreiben.